Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 01.06.2022**
Beginn:	**19:08 Uhr**
Ende	**21:40 Uhr**
Ort, Raum:	**Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler
Herr Alexander Bodemer
Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher
Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU
Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Nicki Konstandin
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Günter Sing

SPD
Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny
Herr Klaus Steigerwald
Herr Jens Walch

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Sarah Esaias
Herr Simon Müller
Herr Joachim Guthmann
Herr Benedikt Kleiner

Sachverständige

Abwesend:

Freie Wähler
Frau Heidi Ochs e

CDU
Herr Peter Kiesinger
Herr Steffen Langendörfer e

SPD
Frau Cornelia Nürnberg e

Bündnis 90/Grüne
Frau Sabine Kronenwett e

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Beratung und Beschlussfassung über den Planentwurf zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften"Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/1295/2022

4 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Be- und Entlüftungsarbeiten sowie der Metallbauarbeiten im Hochbehälter St. Barbara in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/1303/2022

5 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Be- und Entlüftungsarbeiten sowie der Metallbauarbeiten im Hochbehälter Spielberg**
Vorlage: 60/1304/2022

6 **Vorstellung der Planungsüberlegungen zur Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage im Gewann Hamberg in Karlsbad-Spielberg**
Vorlage: 60/1301/2022

7 **Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Friedhofssatzung 2021 (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung)**
Vorlage: 20/1151/2021

8 **Genehmigung von Protokollen**

9 **Verschiedenes**

10 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 24.05.2022 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 25.05.2022 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert zu verschiedenen Themen:

Corona:
Aktuell gelte eine freiwillige Maskenpflicht in den Rathäusern. Das Leben verlaufe relativ normal und die Inzidenzen gingen zurück. Rathausbesuche seien weiterhin nur mit einem vereinbarten Termin möglich. Bezüglich Corona sei die Verwaltung weiterhin vorsichtig. Es gebe immer wieder Ansteckungen in der Mitarbeiterschaft.

Flüchtlinge:
Das Thema laufe in Karlsbad sehr gut. Momentan gebe es keine weiteren Flüchtlingszuweisungen. In Karlsbad lebten über 200 Personen aus der Ukraine. Es werde versucht, weitere Vorbereitungsklassen einzurichten. Schwierig sei, dafür Lehrpersonal zu bekommen.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Grünschnittsammelplatz Ittersbach
GRin Heike Christmann (Freie Wähler) meint, dass es weiterhin Probleme mit Ratten auf den Grünabfallplätzen gebe. Garten- und Umweltamtsleiterin Sarah Esaias informiert, dass die Firma Rentokill vollumfänglich für zwei Jahre beauftragt sei, die Ratten zu bekämpfen. Mehr sei nicht möglich. Der Vorsitzende will das Thema in die nächste Besprechung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb ansprechen und nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

2.2 Starkregenschutz altes Rathaus
GR Michael Nowotny (SPD) fragt, ob alternativ zu der geplanten Mauer vor dem Alten Rathaus auch Lösungen wie z.B. automatische Schottung/ Hydraulische Wände o.ä. als Alternativen angedacht waren. Der Vorsitzende erklärt, dass diese geprüft wurden. Sie seien allerdings im Bereich der Tür nicht dicht genug. Die Maßnahmen zum Hochwasser-/Starkregenschutz würden vom Technischen Dienst sukzessive abgearbeitet. Der Gemeinderat werde hierüber zeitlich passend in Listenform informiert. Das beauftragte Fachbüro Wald und Corbe setze parallel die anderen Maßnahmen um. Nowotny bittet noch darum, im Bereich der Brücke zwischen Langensteinbach und Ittersbach den Wirtschaftsweg dauerhaft zu sanieren. Dieser werde immer wieder ausgespült. Der Vorsitzende sagt, dass es für eine solche Maßnahme keinen Kostenträger außerhalb der Gemeinde gebe.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über den Planentwurf zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften"Badwiesen" in Karlsbad-Langensteinbach Vorlage: 60/1295/2022

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Er informiert, dass es ein Schreiben der Familie Müller an die Gemeinderäte gibt. Die Verwaltung hätte dieses nicht bekommen. Die Art und Weise dieses Vorgehens sei nicht nachvollziehbar. Inhaltlich seien in dem Brief falsche Behauptungen enthalten. Das Thema sei ausführlich beraten und alle Unterlagen seien den

Räten zugegangen und vorgestellt worden. Die Verwaltung habe hier alle Informtionen/Vorlagen an den Gemeinderat weiter gegeben.

Joachim Guthmann von der Bauverwaltung erläutert die bisherigen Abläufe. Er bietet an, offene Fragen zum Brief im direkten Gespräch mit ihm zu klären. Der Gemeinderat werde gebeten, den Planentwurf zu billigen und die Offenlage zu beschließen.

Stadtplanerin Petra Schippalies erläutert ausführlich anhand einer Präsentation die Thematik. U.a. nimmt sie stichwortartig Stellung zu den Abwägungsvorschlägen. Für das Gebiet sei es wichtig, die zulässige Anzahl an Wohneinheiten pro Quadratmeter Baugrundstück zu definieren. Durch das begrenzte Erschließungssystem könnte nur eingeschränkt verdichtet werden. Diese Vorgaben seien nötig um die Struktur des Gebietes zu erhalten. Das Niederschlagswasser im Gebiet werde über ein Mischsystem abgeleitet. Bei der zukünftigen Bebauung müsse es zurückgehalten werden. Dazu tragen beispielsweise begrünte Flachdächer bei. Das Lärmgutachten habe mit dem Lärmpegelbereich V einen hohen Wert ergeben. Es sei nur passiver Lärmschutz möglich. Auch das Thema Artenschutz sei geprüft worden. Die Offenlage soll einen Monat lang erfolgen. Der Vorsitzende ergänzt, dass mittlerweile generell sehr viele Punkte in Bebauungspläne einfließen. Das Urbane Gebiet sei flexibler als ein Mischgebiet. Die Dichte der Wohnbebauung sei im Bau- Planungs- und Umweltausschuss ausführlich besprochen worden. Das Gebiet könne anhand der Vorgaben des Bebauungsplanes bebaut werden.

GR Günter Denninger (CDU) weist darauf hin, dass der Beschluss vom 17. Juni mehrheitlich erfolgt sei. Eine Rückfrage von ihm zum Ausschluss von Wohnungen im EG im Vorentwurf des Bebauungsplanes wird von Frau Schippalies beantwortet. Der Vorsitzende sagt, dass der Gemeinderatsbeschluss vom 23.10.2019 einstimmig erfolgt sei.
GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass 2019 die Würfel gefallen seien und es jetzt gelte, einen Knoten zu machen. Ohne das Urbane Gebiet sei kein allgemeines Wohnen möglich. Das Gebiet soll verdichtet und weitere Geschäfte sollen sich ansiedeln können.
GR Roland Rädle (CDU) erläutert, dass das Gebiet insgesamt betrachtet werden müsse. Die vorgeschlagenen Verdichtungsvorgaben passten zur Gesamtsituation.
GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/'Grüne) sagt, dass der Bebauungsplan ja nichtig gewesen sei. Es sei nötig gewesen, dass der Gemeinderat hier einen Beschluss gefasst habe. Der neue Bebauungsplan biete für die Anwohner Möglichkeiten sich baulich weiterzuentwickeln.
GR Reinhard Haas (SPD) signalisiert seitens der SPD Zustimmung. Das Ergebnis sei insgesamt ausgewogen. Der Rat habe ausgiebig mit allen erforderlichen Unterlagen diskutiert. Die Vorgaben zur Verdichtung seien in Ordnung und ermöglichten es, zu bauen.
GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) schloss sich den Ausführungen der Vorredner an. Das vorgeschlagene nutzungsgemischte Gebiet für Wohnen, Arbeiten und Nahverkehr sei gut. Ein wesentliches Ziel, das Verhindern von Verkäufen an Großinvestoren, sei erreicht worden.
Von allen Fraktionssprechern wird gesagt, dass das Problem der Geruchsbelästigungen durch den Dönerimbiss gelöst werden müsse. Der Vorsitzende meint, dass das Thema vom Landratsamt geprüft werden müsse. Die Verwaltung nehme das Thema mit.
GR Günter Denninger (CDU) spricht sich gegen das Gebiet aus. Baurechtliche Übertretungen aus der Vergangenheit würden legitimiert werden. Zudem verändere eine dichtere Bebauung das bisherige Ortsbild negativ. Aus seiner Sicht sei die Annahme, dass sich das Gebiet gewerblich weiterentwickle durch die vielen vorhandenen Leerstände nicht gerechtfertigt. Es handle sich um eine planerisch und gestalterisch rückwärts gerichtete Entscheidung.

Stadtplanerin Petra Schippalies nimmt dazu Stellung. Die Leerstände würden wieder aufgefüllt. Der Eingangsbereich des Ortes könnte nach dem neuen Bebauungsplan in lebendiger Art gestaltet werden. Im Urbanen Gebiet dürfe mehr Lärm ankommen, für das allgemeine Wohngebiet ändere sich hingegen nichts.
GR Hans Kleiner (Freie Wähler) sieht die Gefahr, dass sich nicht die gewünschten Nutzungen, sondern mehr Imbissgaststätten ansiedeln. Dadurch sei mit Parkproblemen zu rechnen. Die Verwaltung sei auf das Urbane Gebiet gekommen, weil die Lärmwerte zu hoch waren.
GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) zeigt sich unsicher über die möglichen Entwicklungen und kündigt eine Enthaltung an.
Petra Schippalies verdeutlicht, dass die Annahmen von H. Kleiner nicht richtig sind. Langensteinbach sei durch gemischte Nutzungen entlang der Straßen gekennzeichnet. Dieser Ansatz soll jetzt bis an die Ortsenden verlängert werden. Gewerbliche Nutzungen im Gebiet würden zudem auch alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner versorgen. Damit könne kein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt werden. Im Vergleich zum Mischgebiet (Anteil Wohnen zu Gewerbe 50 zu 50) sei das Urbane Gebiet flexibler. Die Flächen könnten auch mit Wohnungen gefüllt werden.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Gemeinderat:

b) den Entwurf zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Badwiesen“ zu billigen.

c) die Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB beauftragen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 21 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Be- und Entlüftungsarbeiten sowie der Metallbauarbeiten im Hochbehälter St. Barbara in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/1303/2022

Herr Leuze vom Ingenieurbüro Leuze erklärt, dass beim Hochbehälter-St Barbara die Wasserkammern entgegen den geltenden Vorschriften nicht räumlich separat voneinander getrennt sind. Dies habe das Gesundheitsamt bemängelt. Außerdem stellte das Amt vor Ort wiederholt starkes Schwitzwasser an der Behälterdecke fest. Ursächlich hierfür sei eine unzureichende Be- und Entlüftung der Wasserkammern. Jetzt sollen Trennwände installiert und darin partiell Fenster eingebaut werden. Eine Trennwand wird als Eingangstür ausgebildet und dahinter eine Treppe angebracht. Zur besseren Be- und Entlüftung der Wasserkammern soll eine 3-stufige Filtereinheit integriert werden. Diese halte Keime, Viren, Sporen, Pollen etc. vor dem Eintrag ins Wasser ab. Durch die allgemeine Teuerungssituation gingen die Kosten “durch die Decke”. Die Kostensteigerung betrage 20 Prozent. Auf Nachfrage von GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) erläutert Herr Leuze die Maßnahmen zum Schutz gegen Sabotage.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle die Be- und Entlüftungsarbeiten sowie die Metallbauarbeiten am Hochbehälter St.-Barbara an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Keller Industriemontagen GmbH, Durmersheim zu einem Angebotspreis von 137.367,90 € vergeben.

Einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Be- und Entlüftungsarbeiten sowie der Metallbauarbeiten im Hochbehälter Spielberg Vorlage: 60/1304/2022

Herr Leuze erläutert, dass beim Hochbehälter Spielberg die gleichen Arbeiten wie beim Hochbehälter St. Barbara zu machen sind. Rückfragen werden keine gestellt.

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat wolle die Be- und Entlüftungsarbeiten sowie die Metallbauarbeiten am Hochbehälter Spielberg an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Keller Industriemontagen GmbH, Durmersheim zu einem Angebotspreis von 126.194,99 € vergeben.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Vorstellung der Planungsüberlegungen zur Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage im Gewann Hamberg in Karlsbad-Spielberg Vorlage: 60/1301/2022

GR Günter Denninger (CDU) erklärt sich für befangen und begibt sich in den Zuhörerkreis.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt. Noch offene Fragen seien mittlerweile geklärt worden.

Matthias Franz – Projektentwickler für Erneuerbare Energien der WEBW Neue Energie GmbH - informiert über das Thema. Die Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH ist das Siedlungsunternehmen des Landes Baden-Württemberg. Es habe die Aufgabe, für verbesserte Lebensverhältnisse in ländlich geprägten Gebieten mit beizutragen. Die WEBW Neue Energie GmbH ist die Tochtergesellschaft. Sie möchte auf einer Fläche von ca. 7,5 ha auf zwei Grundstücken im Gewann Hamberg, Gemarkung Spielberg, eine Freiflächen-PV-Anlage errichten. Politisch sei als Ziel definiert, dass auf einer Landesfläche von 2 % in Baden-Württemberg erneuerbare Energien (Sonnenenergie bzw. Windkraft) erzeugt werden sollen. Auf Karlsbad heruntergebrochen wären dies 76 Hektar. Die Grundstücke umfassen eine Fläche von ca. 10 ha und sind nach Süden ausgerichtet. Teilflächen dieser Grundstücke sind derzeit noch an zwei landwirtschaftliche Betriebe verpachtet.
Die Freiflächenanlage könnte eine installierte Leistung von ca. 6,0 MWp abbilden. Die erwartete Stromproduktion liegt bei ca. 6.600.000 KWh/Jahr. Eine Anschlussmöglichkeit an das

Stromnetz sei in ca. 100 m Luftlinie möglich. Denkbar wäre auch, dass die Anlage an Dritte verkauft wird. Dies könne passieren, wenn es sich wirtschaftlich rechne. Eine PV-Anlage erzeuge nahezu immissionsfreien Strom. Es finde keine zusätzliche Flächenversiegelung statt. Die tatsächlich versiegelte Fläche einer PV-Freiflächenanlage liege zwischen 0,55 - 1,0%. Der erforderliche naturschutzrechtliche Ausgleich erfolge in der Regel auf der Maßnahmenfläche, sodass keine weiteren Flächen verbraucht werden. Neue Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt könnten entstehen. Nach ca. 25 – 30 Jahren erfolge der Rückbau der PV-Anlage. Die Fläche stehe dann wieder zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Durch Übernahme aller Kosten des Verfahrens durch den Projektträger entstünde für die Gemeinde keine finanzielle Belastung. Der Anteil des Ökostroms in der Gemeinde werde erhöht und ein lokaler Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Aufträge für lokales Handwerk und Landwirtschaft könnten im Bereich Wartung/Inspektion, Instandhaltung und Grünpflege entstehen.
Der Vorsitzende ergänzt, dass sich der Ortschaftsrat Spielberg und der Ausschuss für Bau-Planung und Umwelt positiv zur Planung geäußert hätten. Die Landwirte seien im Vorfeld in die Planung einbezogen worden. Für sie seien passende Lösungen gefunden worden. Eine Begrünung vor dem Zaun werde in den Bebauungsplan integriert. Im Vertrag werde die Verpflichtung zum Rückbau der Anlagen aufgenommen.

Im Gemeinderat wird das Thema grundsätzlich befürwortet. Verschiedene technische Rückfragen werden beantwortet.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sieht das Vorhaben positiv. Er fragt nach den Vereinbarungen zur Landwirtschaft. Diese sei, so der Vorsitzende, unter den Modulen möglich. Ein weiterer betroffener Landwirt habe in Gemeindenähe eine Ausgleichsfläche erhalten.

GR Roland Rädle (CDU) stimmt ebenfalls zu. Er kritisiert, dass die Landsiedlung in der Vergangenheit nicht immer im Sinne der Gemeinde gehandelt habe. Ein möglicher Verkauf der Solaranlage an Dritte sei für die Gemeinde nicht erstrebenswert. Dann habe diese keinen Einfluss mehr. Die Gemeinde solle beteiligt sein. Franz erläutert, dass dies in Form einer Energiegenossenschaft als Teilhaber möglich sei. Die Gemeinde könne sich auch in der Projektgesellschaft einbringen.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) ist für das Vorhaben. Er sieht einen generellen Konflikt mit der Landwirtschaft. Er regt an, Energiegenossenschaften in der Bürgerschaft zu fördern. Herr Franz sagt, dass auf der Fläche bisher nur Grünland und Schafhaltung stattfinde. Generell werde versucht, beide Nutzungen möglich zu machen. Hier gebe es allerdings noch kein ausgereiftes System.

GR Michael Nowotny (SPD) macht sich ebenfalls für Energiegenossenschaften stark.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) betont, dass der Ortschaftsrat einstimmig dem Vorhaben zugestimmt habe und die wichtigen Punkte Landwirtschaft und Rückbau geklärt seien.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat spricht sich für die Planung zum Bau einer PV-Freiflächenanlage aus. Der Aufstellungsbeschluss zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens sowie der Beschluss über den Antrag auf Einzeländerung des Flächennutzungsplanes wird in der kommenden

Gemeinderatssitzung gefasst. In den Vertrag wird die Verpflichtung zum Rückbau aufgenommen und in den Bebauungsplan eine Eingrünungsverpflichtung. Über die Thematik Energiegenossenschaft soll nochmals gesprochen werden.

Einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Friedhofssatzung 2021 (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) Vorlage: 20/1151/2021

GR Günter Denninger (CDU) nimmt wieder Platz im Sitzungskreis.

Der Vorsitzende hält Sachvortrag.

Der stellvertretende Rechnungsamtsleiter Simon Müller erläutert Details. Es gehe vor allem um textliche Änderungen. Ferner würden die Zuschläge für Bestattungen werktags nach 16 Uhr beziehungsweise samstags auf 10 % und 15 % reduziert.

Einzelne Rückfragen werden beantwortet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat stimmt der 1. Änderung der Friedhofssatzung 2021 (Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung) zum 01.07.2022 zu.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Genehmigung von Protokollen

Die öffentlichen Protokolle vom 9.3.22, 27.4.2022 und 4.5.2022 werden ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.

zu 9 Verschiedenes

9.1 Spielplatzbroschüre

Der Vorsitzende teilt die neue Broschüre zu den Karlsbader Spielplätzen aus. Die Verwaltung hat die vorhandenen Spielplätze aufgenommen und in dieser Broschüre für die Familien zusammengefasst. Hierdurch wird ersichtlich wo es welche Spielmöglichkeiten für welche Altersgruppen gibt.

9.2 überörtliche Straßensanierungen der Landesstraßen L 564,K 3562

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert über anstehende Straßensanierungen mit Umleitungen:

L 564 (Albtal)

Beseitigung von Schadstellen- keine komplette Fahrbahndeckenerneuerung. Die Strecke wird abschnittsweise saniert unter halbseitiger Sperrung (vorauss. 1 Woche). Die Bauabschnitte 1-3 werden zusammengefasst und unter Ampelregelung am Wochenende realisiert. Die Fahrtrichtung Karlsruhe bleibt offen. Die Umleitung erfolgt über Querspange, Dobelstraße, Karlsruher Straße mit Ampelregelung bei Linksabbieger Richtung Etzenrot, Neurod wieder auf die L564.

K 3562 (Kreisstraße Langensteinbach bis Obermutschelbach)
Auf der Straße wird die Fahrbahndecke saniert. Baubeginn ist im Oktober 22, gerechnet wird mit einer Bauzeit von 2 Wochen. Die Strecke soll dabei voll gesperrt werden. Die Umleitung erfolgt über L563 und B10

9.3 Beschaffung Salzstreuer Winterdienst
Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der vorgesehene Salzstreuer für den Winterdienst für 22.000 Euro beschafft wird.

9.4 Grundschule Ittersbach-Spielgerät
Der Förderverein der Grundschule Ittersbach möchte den Spielbereich ändern. Dies sei eine gute Initiative. Für den Haushalt 2023 sollen 5.000 Euro eingeplant werden.

9.5 Jugendbeteiligung – Skateplatz
Bei der Jugendbeteiligung habe ein Treffen in Sachen Neubau eines Skateplatzes stattgefunden. Derzeit werden die Pläne dazu ausgearbeitet. Sie sollen in die Haushaltsberatungen eingebracht werden.

9.6 Kindergarten St. Franziskus – Sanierung
In Sachen Sanierung Kindergarten St. Franziskus gebe es ein Schreiben der Eltern. Bei der Baustelle müsste viel geklärt werden. Es sei schwierig, Heizungs- und Lüftungsbauer zu finden. Firmen brechen zum Teil weg und die Firmensuche gestalte sich aufwändig. Er hoffe, dass die Baustelle trotzdem bis Dezember hinzubekommen sei. Allerdings sei die Marktlage sehr schwierig. Man könne nichts versprechen.

9.7 Baugebiet Holderäcker – Spielberg
Für das geplante Baugebiet Holderäcker habe der Bau- Planungs- und Umweltausschuss ca. 85.000 Euro an überplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen genehmigt.

zu 10 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson